



das teil

JUGENDPOLITISCHE
INFORMATIONEN ZUR
BETEILIGUNG DES BDKJ
IN DER ERZDIÖZESE KÖLN

1/2014

THEMA /

Asyl- & Flüchtlingspolitik



Jugendpolitische Informationen
zur **BeTEILigung** des BDKJ in der
Erzdiözese Köln — Ausgabe 1/2014
„Asyl- & Flüchtlingspolitik“

REDAKTION

Jan Peter Gesterkamp
Annika Triller
Tobias Agreiter (V.i.S.d.P.)
Rebekka Biesenbach

BILDNACHWEIS

mys / photocase.de (Cover);
Pilzfotografie / photocase.de (4);
Thomas Wiczorek (8); Sebastian Sehr (9);
Flügelwesen / photocase.de (11);
michaket / photocase.de (12);
John Dow / photocase.de (14)

HERAUSGEBER

Bund der Deutschen Katholischen Jugend
(BDKJ) Erzdiözese Köln
Steinfelder Gasse 20–22, 50670 Köln
E politik@bdkj-dv-koeln.de
W bdkj-dv-koeln.de

INHALT 1/2014

Vorwort — 3

Menschen auf der Flucht — 4

Politische Verantwortung in Kommune und Europa.

Flüchtlinge – Was ist das eigentlich? — 7

Jan Peter Gesterkamp gibt einen Überblick über wichtige Begriffe und das, was dahinter steckt.

Hoffnung auf ... — 10

Die Historikerin Annika Triller beschreibt Gründe, die Menschen in der Geschichte zur Flucht bewegten.

Interview — 13

Tobias Agreiter im Gespräch mit Monika Düker, Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen NRW, zum Thema Asyl- und Flüchtlingspolitik.

Wahlprüfstein Flüchtlingspolitik — 16

Rebekka Biesenbach gibt Hilfestellung zur Informationsbeschaffung zum Thema Flüchtlinge und Asylbewerber bei uns.

Links & Materialien — 19

VORWORT /

„Hunderttausende auf der Flucht“, „Der lange Kampf um Asyl“, „Ein Test für den Zusammenhalt“ – Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht wenigstens ein Artikel zum Thema Asyl und Flucht in den Zeitungen erscheint. Wenig andere Themen beschäftigen die Parlamente von der Kommune bis hin zum Europäischen Parlament so häufig und seit so vielen Jahren wie das der Asyl- und Flüchtlingspolitik.

Durch die Teilhabe von jungen Flüchtlingen an Ferienfreizeiten und die aktive Anti-Diskriminierungsarbeit beschäftigt uns das Thema immer wieder auch im BDKJ und in den katholischen Jugendverbänden. Im Herbst 2013

hat der Diözesanausschuss mit dem Beschluss *Flüchtlinge haben ein Recht auf Freiheit* deutlich Position bezogen. Die anstehende Kommunal- und Europawahl nehmen wir zum Anlass das Thema Asyl- und Flüchtlingspolitik auch in einem TEIL zu behandeln. Wir wollen erklären, wie viele verschiedene Gründe Menschen dazu veranlassen ihre Heimat zu verlassen und mit welcher Hoffnung sie nach Deutschland/Europa kommen. Wir wollen mit Vorurteilen aufräumen, und wir wollen aufzeigen, mit welchen politischen Forderungen man sich kommunal- und europapolitisch einbringen kann.

Annika Triller & Tobias Agreiter



Annika Triller
BDKJ-Diözesanvorsitzende



Tobias Agreiter
BDKJ-Diözesanvorsitzender

MENSCHEN

AUF DER FLUCHT /

Politische Verantwortung in Kommune
und Europa



Bei allen Sorgen und Nöten von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft und dem rahmengebenden politischen System, geht es vielen hierzulande vergleichsweise gut. Ein Blick auf die Welt offenbart schnell, unter was für schwierigen – zum Teil lebensbedrohlichen Umständen – viele Kinder und Jugendliche woanders aufwachsen. Am härtesten trifft es wohl die, die ihre Heimat wegen Krieg, Hungersnot,

Naturkatastrophen oder Armut und der Angst vor einer ungewissen Zukunft verlassen müssen. Die aktuellen Zahlen belegen, dass weltweit rund jeder zweite Flüchtling unter 18 Jahren alt ist.

Im letzten Jahr hat der BDKJ im Erzbistum Köln zu diesem Thema einen Beschluss gefasst, darin heißt es unter anderem: „Als Christinnen und Christen sind wir davon überzeugt, dass Menschen fliehen, weil sie Not haben.

Sie suchen die Freiheit von dieser Not, und darauf haben sie ein Recht. [...] Auch die europäische Geschichte ist voll von Geschichten der Flucht. [...] Die Europäische Union leistet sich mit Frontex für hunderte von Millionen Euro eine private Grenzsicherheits-truppe, die alles dafür tut, um Menschen von ihren Grenzen fern-zuhalten. Diese *Festung Europa* ist nicht christlich. [...] Deutschland profitiert von der geltenden Drittstaatenregelung. Sie ist nicht fair. Sie bürdet den Ländern an den Grenzen der EU, die zurzeit besonders an den Folgen der Weltwirtschaftskrise leiden, un-gerechte Lasten auf. Italien, Zypern oder Griechenland dürfen nicht allein gelassen werden. Deutschland muss Verantwortung über finanzielle Bei-

träge hinaus übernehmen und weitaus mehr Menschen aufnehmen als derzeit. Der BDKJ verteidigt die Würde aller Menschen, die in unserer freien und demokratischen Gesellschaft zum Ausdruck kommt. Deshalb verteidigen wir die unteilbare Würde aller Men-schen gleich welcher Nation, Ethnie, Religion, sexueller Orientierung und welchen Geschlechts. Wir wollen Menschen, die aus unmenschlichen, unsicheren und unsatten Verhältnissen geflohen sind, mit unseren Möglichkei-ten willkommen heißen und respekt-voll behandeln. Das gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche. Sie sollen sich in Deutschland auf die Bestim-mungen der UN-Kinderrechtskonven-tion verlassen können. Wir wollen dabei aushalten, dass unterschiedliche

Auffassungen und kulturelle Prägungen normal sind, unter den Flüchtenden und auch unter uns.“

DEN DA-BESCHLUSS FINDET IHR UNTER:

www.bdkj-dv-koeln.de/fileadmin/bdkj2010/02Dioezesanverband/Beschluesse/Dioezesanausschuss/2013-10-28_Beschluss_-_Fluechtlinge_haben_ein_Recht_auf_Freiheit.pdf

In diesem kurzen Aufriss der aktu-ellen Situation zeigt sich schnell die Komplexität des Themas und das alle politischen Ebenen vom Europäischen Parlament bis hin zu den Kommunal-räten gefordert sind. Es gilt daran zu arbeiten für Menschen, die auf der Flucht sind, würdige und sichere Unterkünfte in unseren Kommunen zu finden und ebenso müssen wir uns damit beschäftigen, wie diese

Menschen nach Europa kommen können. Ebenso wichtig ist jedoch gleichzeitig an den Ursachen für Flüchtlingsströme zu arbeiten. Gerade jetzt vor den Kommunal- und Europawahlen gibt es die Chance, die Situation von Menschen auf der Flucht sowohl kommunalpolitisch als auch europapolitisch auf den Prüfstand zu stellen.

Die folgenden Forderungen sind ein erster Schritt zur Verbesserung der Situation von Menschen die unsere Hilfe suchen:

→ *Die Zukunft lacht, wenn* die bestehenden Regelungen zur Aufnahme von Flüchtlingen in Europa überarbeitet werden und die Dublin-II-Verordnung in der jetzigen Form abgeschafft wird.

→ *Die Zukunft lacht, wenn* Einbürgerungshürden abgeschafft werden.

→ *Die Zukunft lacht, wenn* alle Flüchtlinge, AsylbewerberInnen und MigrantInnen bei uns respektvoll willkommen geheißen werden, eine geeignete Unterkunft, ein sicheres Auskommen, gute Bildungschancen und Planungssicherheit für den Einzelnen gewährleisten werden.

→ *Die Zukunft lacht, wenn* die Bestimmungen der UN-Kinderrechtskonvention auch für Flüchtlingskinder verlässlich sind.

→ *Die Zukunft lacht, wenn* alle Menschen – auch Jugendliche und Kinder – in die Entscheidungsprozesse in unserem Land eingebunden werden.

→ *Die Zukunft lacht, wenn* alle in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Menschen am Gemeinwohl und kulturellen Leben teilhaben und die Gesellschaft mitgestalten können.

→ *Die Zukunft lacht, wenn* unterschiedliche kulturelle Hintergründe als Chance erkannt werden, weil sie eine wichtige Ressource darstellen.

→ *Die Zukunft lacht, wenn* ... auch eure persönlichen Forderungen auf diesem Gebiet erfüllt sind!

— *Rebeka Biesenbach & Tobias Agreiter*

FLÜCHTLINGE WAS IST DAS EIGENTLICH?

Menschen in einen Topf zu werfen und pauschal zu bewerten, wird der Würde, die jedem einzelnen Menschen innewohnt, nicht gerecht.

Menschen nach bestimmten Kriterien in Kategorien zu sortieren, macht die Sache zwar oft nicht besser, macht aber zum Beispiel den unscharfen Begriff *Flüchtlinge* transparent. Denn die Menschen, die oft unter dem Stichwort *Flüchtlinge* zusammengefasst werden, werden rein rechtlich nach ihrem Status unterschieden. Eins haben sie aber immer gemeinsam: Sind sie hilfsbedürftig, so müssen wir ihnen die Hand reichen.

Flüchtling im Sinne der Genfer Konvention ist, wer aus der begründeten Furcht vor Verfolgung aus Gründen der Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder



Jan Peter Gesterkamp

—
ist Jurist und Referent für Jugend- und Gesellschaftspolitik beim BDKJ in der Erzdiözese Köln.



der sich als staatenlos infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem er seinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will.

Die Flüchtlingseigenschaft ist in Deutschland Voraussetzung, um **Asyl** zu erhalten. Es wird jedoch

nicht jedem Flüchtling automatisch Asyl gewährt. Die Person muss in *asylerblicher Weise* und durch *staatliche Stellen* verfolgt worden sein, direkt nach Deutschland geflüchtet sein und – natürlich – einen Asyl-antrag gestellt haben.

Die **Drittstaatenregelung** sieht vor, dass Flüchtlinge, die vor ihrer Ankunft in Deutschland durch einen *sicheren Drittstaat* – und das sind u. a. alle Länder der EU – gereist sind, ja bereits dort einen Asylantrag hätten stellen können und daher keinen Asylanspruch in Deutschland haben. Das Gesetz sieht dann vor, die Flüchtlinge zurück in das Land zu schicken, über das sie nach Deutschland eingereist sind.

Aufgrund der Drittstaatenregelung versuchen gerade die EU-Länder, die geografisch am Rande der EU liegen, sich rigoros abzuschotten.

Über die Anträge von Asylsuchenden, die in Deutschland ankommen, entscheidet das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge*. Während dieser Zeit besteht für die AsylbewerberInnen **Residenzpflicht**, d.h. sie dürfen bis auf wenige Ausnahmen ihr Aufnahme-Bundesland nicht verlassen. In Bayern und Sachsen müssen sie sogar im gleichen Landkreis verbleiben. In der Zeit, in der Asylbewerber in einer Aufnahmeeinrichtung wohnen, dürfen sie keine Erwerbstätigkeit ausüben. Dies ist – mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit –

frühestens nach neun Monaten möglich. In letzter Zeit waren aufgrund des Bürgerkriegs in Syrien besonders viele Menschen aus der Region auf der Flucht und baten um Asyl – auch in der Bundesrepublik. Dass neben den von Krieg und politischer Verfolgung Vertriebenen nun auch noch – so die Medien – verstärkt *Armutsfüchtlinge* nach Deutschland wollen, führte nicht nur zur oben beschriebenen Pauschalisierung des Flüchtlingsbegriffs, sondern auch dazu, dass Rechtspopulisten Unwissenheit, Ängste und Vorurteile in der Bevölkerung ausnutzen.

Armutsfüchtlinge oder *Wirtschaftsfüchtlinge* sind Menschen, die ihr Land verlassen, weil sie auf der Suche nach besseren wirtschaftlichen Be-

dingungen sind. Nach dem oben beschriebenen Flüchtlingsbegriff sind sie eben keine Flüchtlinge und haben daher in Deutschland auch keinen Anspruch auf Asyl und damit auf Aufenthaltsrechte. Für Menschen aus Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gilt als *Unionsbürger* die Freizügigkeit, d.h. das Recht, sich innerhalb und zwischen den Mitgliedsstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten. Auch Rumänien und Bulgarien sind EU-Mitgliedsstaaten. Zum 01.01.2014 wurde die bislang beschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit für diese Länder aufgehoben, d.h. diese Menschen haben nicht das Recht, sich in Deutschland aufzuhalten, sondern auch hier zu arbeiten. Einen automatischen Anspruch auf Sozialleistungen bedeu-

tet das nach der heutigen Praxis nicht – auch wenn die ersten Gerichtsentscheidungen dies jetzt in Frage stellen.



Besonderes Augenmerk verdienen Kinder, die auf der Flucht sind. Neben Kindern, die mit Angehörigen auf der Flucht sind, gibt es immer wieder Kinder, die ihre Eltern oder Verwandten auf irgendeine Weise verloren haben. Die *unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge* haben Anspruch auf Schutz

und Unterkunft, aber auch auf Schulbildung. Durch die Fluchterfahrung, und den Verlust der Eltern, sind diese Kinder oft traumatisiert und bedürfen auch psychologischer Betreuung. Diese in der UN-Kinderrechtskonvention geregelten Rechte sind unter anderem ein Grund dafür, dass die Bundesrepublik diese lange Zeit nicht vollständig ratifizierte. Zwar sind die Vorbehalte vor kurzem zurückgenommen worden, aber noch ist die Gesetzeslage nicht soweit angepasst wie sie sein sollte, das heißt, die Frage der Schulpflicht von minderjährigen Flüchtlingen ist in Deutschland noch nicht abschließend geklärt.

— Jan Peter Gesterkamp

HOFFNUNG AUF ...

Im Jahr 2013 wurden in Deutschland weltweit die meisten Asylanträge gestellt. Flüchtlinge aus aller Welt erhofften sich in Deutschland Schutz vor politischer Verfolgung, ein Leben ohne Krieg, aber auch Schutz vor Hunger und Krankheiten. Das war nicht immer so.

Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts flohen Menschen aus dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland. Gründe für ihre Flucht waren so vielfältig wie sie es auch heute noch bei Flüchtlingen sind.

Hoffnung auf (religiösen) Frieden

Flucht im 16. und 17. Jahrhundert

Das 16. und 17. Jahrhundert gelten als das Zeitalter der Reformation und Gegenreformation. Die religiösen Spannungen, die während des sogenannten *Dreißigjährigen Krieges* ihren Höhepunkt erreichten, waren Auslöser für die Flucht vieler Menschen, die aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit in ihrer Heimat verfolgt wurden.

Hoffnung auf die Neue Welt

Auswanderung in die USA im 19. Jahrhundert

Im 19. Jahrhundert lebten in Europa viele Menschen in großer Armut. Die Arbeits- und Lebensbedingungen waren schlecht. Missernten, in deren Folge die Lebensmittelpreise stiegen,

spitzten die Lage weiter zu. Mehrere Millionen Menschen flohen vor dem Hunger und der Armut. 90% von ihnen fanden in den USA eine neue Heimat. In die Vereinigten Staaten von Amerika flohen nach der gescheiterten Revolution von 1848 auch jene, die politisch enttäuscht wurden. Sie hofften darauf, in der Neuen Welt politisch selbstbestimmt leben zu können.

Hoffnung auf Leben

Emigration während der NS-Zeit

Politisch selbstbestimmt leben ohne Verfolgung, das wollten auch diejenigen, die nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten Deutschland verließen. Die Unterdrückung und Verfolgung jeglicher Opposition war ein zentrales Herrschaftsmittel des



NS-Regimes. Zu dieser Opposition gehörten unter anderem politisch andersdenkende wie Kommunisten und Sozialdemokraten oder auch Intellektuelle, die sich kritisch über das Regime äußerten.

Ferner bemühten sich bis 1939 viele Menschen jüdischen Glaubens Deutschland zu verlassen, nachdem die Repressionen ihnen gegenüber immer weiter zugenommen hatten. Die büro-

kratischen Hürden, sowohl in Deutschland als auch in den aufnehmenden Ländern, stellten allerdings für viele ein unüberwindbares Hindernis dar. Nach dem Beginn des zweiten Weltkrieges gelang nur noch sehr wenigen Menschen die Flucht aus Deutschland.

Hoffnung auf Heimat

Flucht und Vertreibung nach 1945

Zum Ende des Zweiten Weltkrieges setzte eine erneute Fluchtbewegung ein. Hundertausende verließen ihre Heimat in Ostpreußen oder Schlesien und flohen gen Westen. Sie fanden eine neue Heimat in der Bundesrepublik Deutschland. Bis weit in die 90er Jahre erreichten sogenannte (Spät)aussiedler die Bundesrepublik. Das Grundgesetz garantiert ihnen



und allen in Deutschland lebenden Menschen im Artikel 3 unter anderem, dass niemand wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf. In vielen anderen Ländern sind Menschen weiterhin Verfolgungen

ausgesetzt. Weltweit sind 45,2 Mio. Menschen auf der Flucht. Viele suchen in Deutschland Schutz. Nur wenige erhalten ihn. Von 80.978 Asylanträgen, über die im Jahr 2013 entschieden wurde, wurden lediglich 919 als Asylberechtigte nach Artikel 16a des Grundgesetzes anerkannt.

— Annika Triller

INTERVIEW

Interview mit Monika Düker, Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen NRW zum Thema Asyl- und Flüchtlingspolitik.



Monika Düker

Landesvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen
NRW und zuständig für
Asyl- & Flüchtlingspolitik
im Landtag NRW

www.monika-dueker.de

Als Landtagsabgeordnete haben Sie eine große Auswahl an Themen. Aus welchen Gründen engagieren Sie sich ausgerechnet in der Asyl- und Flüchtlingspolitik?

Monika Düker: Ich habe mich immer schon für die Rechte und den Schutz von Minderheiten interessiert. Als ich 2000 zum ersten Mal in den Landtag gewählt wurde, wurde ich innenpolitische Sprecherin der Fraktion. Teil der Innenpolitik ist die Asylpolitik, die allerdings aus meiner Sicht eigentlich eher zur Integrationspolitik gehören müsste. Das Thema ist stark durch die Bundesgesetzgebung normiert, mich reizt es immer wieder, auszuloten, wie das Land NRW seine Spielräume im Interesse der Menschen, die vor Not und Verfolgung, Krieg und Armut fliehen, nutzen kann.

Welche Herausforderungen sehen Sie und wie könnten diese politisch bzw. durch veränderte Gesetzgebung angegangen werden?

Monika Düker: Auch wenn der anhaltende Krieg in Syrien und die Notwendigkeit der Aufnahme weiterer Flüchtlinge in Deutschland und Europa im Moment alle Debatten im Bereich der Flüchtlingspolitik überlagert, ist und bleibt aus meiner Sicht die wichtigste Forderung, endlich zu einer stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung für langjährig hier lebende geduldete Flüchtlinge zu kommen. In NRW leben aktuell circa 10.500 Menschen, die länger als 6 Jahre hier sind, aber immer noch keinen festen Aufenthaltsstatus haben. Die große Koalition in Berlin hat dies in ihre Pläne aufgenommen – hier wird es Aufgabe der

Länder sein, darauf zu achten, dass die Regelung nicht durch zu hohe Hürden unwirksam gemacht wird.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Land mit einer langen Geschichte von Zuwanderung und Migration. Viele BürgerInnen flüchteten während und nach dem 2. Weltkrieg selbst in ein anderes Land und mit dem Aufschwung in den 60er Jahren wurden viele GastarbeiterInnen nach Deutschland geholt. Aus welchen Gründen ist es für Politik und BürgerInnen bis heute schwer, eine ausgewogene Lösung zu finden?

Monika Düker: Als die Bundesrepublik in den 60er Jahre viele, damals *Gastarbeiter* genannte Menschen, aufnahm, hat die Politik den Eindruck erweckt: „Wenn wir sie nicht mehr brauchen, gehen die wieder zurück“. Das ist anders gekommen: Die Menschen

blieben und leben inzwischen in der dritten Generation bei uns. Die bundesdeutsche Politik hat sich viel zu lange geweigert, anzuerkennen, dass auch Deutschland ein Einwanderungsland und Integration keine Einbahnstraße ist. Hinzu kam eine für den gesellschaftlichen Frieden gefährliche „Das-Boot-ist-voll-Politik“ gegenüber Asylsuchenden. Diese auf Abwehr ausgerichtete Politik macht es nach wie vor schwer, bei uns eine pragmatische Einwanderungspolitik zu etablieren. Umso mehr brauchen wir die Unterstützung der Zivilgesellschaft für eine Willkommenskultur. Sowohl für EinwanderInnen, die aus Not und Verfolgung zu uns flüchten, als auch für gezielt angeworbene Arbeitskräfte.



Sehen Sie eine besondere Schwierigkeit darin, dass tragfähige und langfristige asyl- und flüchtlingspolitische Lösungen nur auf mehreren Ebenen gleichzeitig getroffen werden können? Warum ist das Thema immer problematisch, wo es doch eigentlich nur darum geht Menschen zu helfen?

Monika Düker: Asyl- und flüchtlingsrechtliche Festlegungen geschehen in der Tat auf mehreren Ebenen: Europa, Bund, Land und Kommunen. Die europäische Ebene ist dabei von zentraler Bedeutung. Beispiel Dublin II-Verordnung, die auf dem Rücken

der Menschen zu einem total unge-
rechten Verschiebebahnhof führt.
Oder die fehlenden europäisch ab-
gestimmten Möglichkeiten für eine
legale Einwanderung in die EU und
der auf Abwehr ausgerichtete Grenz-
schutz. Die größten Probleme sehe
ich derzeit in einer fehlenden ge-
meinsamen europäischen Einwander-
ungspolitik, die sowohl humanitären
Kriterien Rechnung trägt, wie die
Interessen der EU-Länder berück-
sichtigt. Deutschland ist hier leider
immer wieder Bremser und nicht
Motor der Entwicklung. Trotzdem
kann viel auf nationaler Ebene für
einen humanitären Flüchtlingsschutz
getan werden und auch die Bundes-
länder und die Kommunen sind in der
Pflicht ihre Spielräume zu nutzen.

Sehen Sie die BRD in einer besonderen Verantwortung Menschen aufzunehmen und warum?

Monika Düker: Nicht umsonst hat das
Asylrecht in Deutschland – anders
als in anderen Ländern – Verfassungs-
rang. Aus der deutschen Geschichte
leitet sich selbstverständlich auch
eine hohe Verantwortung für den
Flüchtlingsschutz ab. Während des
2. Weltkrieges haben viele Menschen
aus Deutschland in anderen Ländern
Aufnahme gefunden, und sind so
dem Tod entkommen. Dieses Grund-
recht auf Asyl wurde leider in der
Vergangenheit ausgehöhlt, so dass
nur ein sehr geringer Teil der Antrag-
stellerInnen die hohen Hürden für
eine Asyl-Anerkennung schafft. Von
45 Millionen Flüchtlingen weltweit

haben im letzten Jahr gerade mal
115.000 in Deutschland einen Erst-
antrag auf Asyl gestellt. Neben den
Asylverfahren sollten wir daher end-
lich zu einem sogenannten kontinuier-
lichen „Resettlement“ kommen, das
heißt, dass Deutschland jedes Jahr
eine bestimmte Quote von besonders
schutzbedürftigen Flüchtlingen
aufnimmt, die aus ihren Ländern
fliehen mussten.

— Die Fragen stellte Tobias Agreiter

WAHLPRÜFSTEIN FLÜCHTLINGSPOLITIK

Flüchtlinge und Asylsuchende bei uns.

Wenn ihr mit PolitikerInnen über das Thema *Flüchtlingspolitik* ins Gespräch kommen wollt, ist es sinnvoll, sich vorher mit dem Thema zu beschäftigen. Dabei lernt ihr die Fragen und Argumente kennen, um im Gespräch mit Politikern sicher zu argumentieren und so überzeugen zu können. Darüber hinaus haben wir in dieser Ausgabe des TEILes schon einige allgemeine Forderungen formuliert, die ihr zusätzlich zu den konkreten Forderungen vor Ort mit in das Gespräch einfließen lassen könnt.

Die Methode die wir euch hier vorstellen beschäftigt sich mit den Problemen der Flüchtlinge und Asylbewerber bei euch vor Ort, weitere Möglichkeiten findet ihr auf der Homepage: bdkj-dv-koeln.de



Rebekka Biesenbach

—
BDKJ-Referentin für
Theologie und Jugend-
pastoral

Informationsbeschaffung zum Thema Flüchtlinge und Asylbewerber bei uns.

Die nachfolgenden Impulse und Rechercheaufträge dienen als Anhaltspunkt und müssen auf die örtlichen Begebenheiten bearbeitet bzw. ergänzt werden. Je nach Zeit und Gruppengröße können einzelne oder alle Rechercheaufträge durchgeführt werden.

Recherche bei Gemeinde-, Stadt-, Kreisverwaltung:

- Gibt es am Ort AsylbewerberInnen und/oder Flüchtlinge?
- Wie viele sind es und wie sind sie untergebracht?
- Was tut die Gemeinde / der Kreis / die Stadt für Flüchtlinge und AsylbewerberInnen?
- Hat sich die örtliche Politik durch Anträge, Aktionen oder anderem mit den Flüchtlingen und Asylbewerbern in ihrem Bereich befasst? Was wurde entschieden? Lasst euch dieses Material mitgeben.

Recherche bei Asylbewerberbetreuern und Asylbewerbern: Vor dem Besuch eines Flüchtlings- oder

Asylbewerberheims ist es sinnvoll, sich vorher mit der Situation dieser Menschen zu beschäftigen.

- Wart ihr selbst schon mal in der Situation, dass ihr eure Umgebung nicht verstehen konntet und ihr euch nicht verständlich machen konntet? Habt ihr Lösungen für diese Situationen gefunden?
- Habt ihr euch schon mal einsam gefühlt oder hattet Heimweh? Wie hat sich das angefühlt und was hat geholfen diese Gefühle zu überwinden?
- AsylbewerberInnen und Flüchtlinge haben im Wohnheim meist keine eigene Wohnung. Habt ihr Zuhause die Möglichkeit euch zurückzuziehen? Wann tut ihr das und wie wichtig ist euch diese Zeit?

Nach einer solchen Austauschrunde ist es möglich mit Flüchtlingen und/oder AsylbewerberInnen und/oder deren BetreuerInnen ins Gespräch zu kommen, sowie einen Besuch im Wohnheim zu machen.

Folgende Fragestellungen könnten interessant sein:

- Wie viele Menschen wohnen in den Unterkünften vor Ort zusammen und welches Alter haben sie?

- Aus welchen Ländern kommen diese Menschen?
- Welche Sprachen werden gesprochen?
- Welche Religionen prägen das Leben der Menschen hier?
- Welche Berufe haben Sie vor ihrer Flucht ausgeübt?
- Aus welchen Gründen haben sie sich zur Flucht entschieden?
- Welche Hoffnungen und Wünsche haben Flüchtlinge und AsylbewerberInnen an unser Land und somit auch an jeden von uns?

Umfrage bei Bekannten und auf der Straße:

- Wissen Sie, ob in unserer Gemeinde / Stadt bzw. in unserem Kreis Flüchtlinge und Asylsuchende leben?
- Wie stehen sie dazu?
- Was wissen Sie über: Herkunft, Fluchtursachen, Sprache, Berufe oder Religion?
- Was kann die Stadt für diese Menschen tun?
- Kennen Sie Organisationen, die sich um Flüchtlinge und AsylbewerberInnen kümmern?
- Wären Sie selbst bereit zu helfen?

Tauscht euch im Nachhinein über eure Erkenntnisse und Erlebnisse aus und formuliert eure ganz persönlichen Fragen und Forderungen an die Politik vor Ort.

Organisiert eine eigene Podiumsdiskussion mit Politikern und Politikerinnen oder nutzt die Wahlkampftermine, um eure Themen bei euren Mitmenschen und PolitikerInnen vorzustellen und damit zum erneuten Nachdenken und Handeln anzuregen.

— *Rebekka Biesenbach*

TIPP

Auf unserer Homepage – bdkj-dv-koeln.de – findet ihr ein Planspiel zur Asylpraxis.

LINKS & MATERIALIEN



PDF zum Download unter
bdhj-dv-koeln.de

www.proasyl.de

PRO ASYL ist eine unabhängige Menschenrechtsorganisation, die sich seit mehr als 25 Jahren für die Rechte verfolgter Menschen in Deutschland und Europa einsetzt.

www.unhcr.de

„Der hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen“ ist weltweit mit dem Schutz von Flüchtlingen beauftragt.

www.bamf.de

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

www.amadeu-antonio-stiftung.de

Die *Amadeu-Antonio-Stiftung* setzt sich für Toleranz und demokratische Kultur ein. Schwerpunkt ist die Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit.

www.köln-flüchtlingsrat.de

Seit 1984 setzt sich der *Kölner Flüchtlingsrat* für den Schutz und die Rechte der Flüchtlinge, für ihre Integration sowie für Toleranz und Völkerverständigung ein. Er zählt damit zu den ersten Flüchtlingsräten in Deutschland.

www.stay-duesseldorf.de

STAY! ist eine unabhängige, parteinehmende, offene Anlaufstelle für Flüchtlinge, MigrantInnen, leistet Öffentlichkeitsarbeit zu flüchtlingspolitischen Themen, rassistischer Verfolgung und Diskriminierung und bietet Informationsveranstaltungen zur Situation von Flüchtlingen an.

www.pjw-nrw.de

Die Aktionsgemeinschaft *Junge Flüchtlinge in NRW* ist ein Zusammenschluss von landesweiten Freien Trägern der Jugend-, der Jugendsozial- und der Migrationsarbeit.

www.fnrnw.de

Beim *Flüchtlingsrat NRW e.V.* findet man Informationen und Vernetzungsangebote der vielen Initiativen im Land.



Steinfelder Gasse 20-22
50670 Köln

T 0221-1642 6316
F 0221-1642 6613

E politik@bdkj-dv-koeln.de
W bdkj-dv-koeln.de

Für Fragen und Anregungen, aber auch mit Informationen und Unterstützung steht Euch die BDKJ Diözesanstelle zur Verfügung.